

**Annoncen-
Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstraße 16.)
bei C. H. Alric & Co.
Breitstraße 14.
in Gießen bei Th. Spindler,
in Graz bei L. Streifand,
in Breslau bei Emil Kadach.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danne & Co.
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, GdSt
beim „Zentralbank“.

N. 776

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 5. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 4. November. Die Königin hat den Chokoladen- und Zuckerwaaren-Fabrikanten Gbr. Albert Nicolaus, Peter Joseph und Heinrich Stollwerck zu Köln a. R., das Prädikat als Hof-Lieferanten verliehen.

Der Privat-Dozent Dr. Oswald Robts zu Strassburg i. E. ist zum außerordentlichen Prof. in der med. Fakultät der Universität daselbst, der ehemalige Prof. an der kaiserl. Universität zu Innsbruck, Dr. jur. C. Kleinroth zum außerord. Prof. in der jur. Fakultät der Universität zu Marburg ernannt, dem ordentlichen Lehrer Dr. Schier am Gymnasium in Danau das Prädikat „Oberlehrer“ beilegt worden.

Der zum Pfarrverwalter in Sorau berufene hies. Superintendent der Diözese Ratiberg H. M. Karl Alfred Massalien ist zum Superintendenten der Diözese Sorau bestellt worden.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung.

Berlin, 4. November, 11 Uhr Vorm. Unter den neu eingetretenen Mitgliedern bemerkt man den Abg. Dr. Jörg. Vom Reichstagskanzler ist der Antrag auf Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Herren Graf Baudissin und Döring wegen Verleumdung des Reichstages eingegangen. Die Gesetzentwürfe, betreffend die Gebühren der Advokaten u. und die Errichtung von Marksteinen in Elbisch-Vorbringen werden in 3. Beratung ohne Diskussion angenommen. Dagegen ruft der Handelsvertrag mit Costa Rica eine längere Debatte hervor, in der der Abg. Schmidt (Stettin) seine Hoffnung auf die Vorlage weiterer ähnlicher Verträge durch Mitwirkung des in Guatemala neu zu errichtenden Generalkonsulats ausdrückt, während Präsident Dr. Delbrück von den Intentionen der Reichsregierung in dieser Beziehung Kenntnis gibt. Abg. Dr. Marschall spricht sich gegen die neuzeitige Bemängelung der Vorlage des Abg. Dr. Oppenheim in Bezug auf die Freiheit des Privatverkehrs aus; Abg. Frz. v. Döderer tadelt die allgemeinen Beschränkungen über die ewige Freundschaft in den Verträgen. Bei Art. VIII. wünscht Abg. Dr. Reichensperger eine detailliertere Bestimmung der Gewissensfreiheit, Abg. Dr. v. Schulte aber äußert bei Art. IX. seine Bedenken in Bezug auf Bestimmungen wegen der Ehescheidung. Der Vertrag wird schließlich unverändert in dritter Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Ausführung des Impfgesetzes in Elbisch-Vorbringen wird nach der Regierungsvorlage angenommen, nachdem sich der Ministerialdirektor Dr. v. B. gegen ein mögliches Amendement erklärt und der Abg. Gieseler aus der Mitteilung in den Motiven, daß das Gesetz dem Landesauschusse von Elbisch-Vorbringen vorgelegt habe, Gelegenheit genommen hatte, sich über die Bedeutung des Landesauschusses, der im Anfang mit großem Mißtrauen aufgenommen, der aber unabweisbar Gates zu wirken im Stande sei, überhaupt einsehend auszusprechen. Zur gedeihlichen Entwicklung und Wirksamkeit hält er indes folgende drei Punkte für erforderlich: 1. der Landesauschuß soll aus allgemeiner Volkswahl hervorgehen; 2. eine erweiterte Kompetenz erhalten und 3. nicht bloß eine beratende, sondern eine beschließende Stimme haben. Abg. Dr. Reichensperger (Kaisersb.) ein Gegner des Impfzwanges im Allgemeinen, erklärt sich gegen die Vorlage; dieselbe wird in 3. Beratung angenommen.

Zwei andere kleine Gesetzentwürfe für Elbisch-Vorbringen (Kosten für Arbeitshäuser und Schankwirtschaften betr.) werden ohne Debatte in dritter Beratung erledigt. Die 11. Sitzung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs für 1874, sowie diejenige der außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg mit Frankreich veranlaßt sind, werden der Rechnungskommission überwiesen, nachdem Abg. Richter (Vorsitzender derselben) den bezüglichen Antrag gestellt und dabei hervorgehoben hatte, daß die Finanzlage des Reichs sich nicht in dem kläglichen Zustande befände, wie sie der Abg. Windthorst vorstellend gekennzeichnet habe. An dieselbe Kommission geht die allgemeine Rechnung über den Haushalt des deutschen Reichs von 1871.

Dr. Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beseitigung von Anstehungsstoffen bei Viehbesörderungen auf Eisenbahnen leitet als Bundeskommissar Geh. Regierungsrath Starke durch Darlegung der Motive ein.

Der Abg. Richter (Meißen) wünscht die Absehung der zweiten Beratung dieses Entwurfs v. n. der Tagesordnung, damit sich diejenigen Mitglieder des Hauses, welche sich besonders für den Gegenstand interessieren, vor derselben über die von ihm näher bezeichneten Mängel der Vorlagen (Statutierung von Ausnahmen, Desinfizierung der Rampen) unterrichten. An der Diskussion betheiligen sich noch die Abg. Flügel, Dr. Zinn, welcher letzterer die Vorlage dankbar begrüßt, aber den strengen Vollzug des Gesetzes durch das Reich für nöthig erachtet und vor dem Glauben warnt, als ob eine vollständige Beseitigung der Anstehungsstoffe überhaupt möglich sei.

Nachdem noch der Abg. Freiherr v. Nordde zur Rabenau und der Abg. v. Ludwig gesprochen, welcher eine besondere Kommission wünscht und durch seinen Appell an S. E. Excellenz den Minister Dr. Friedenthal vielen zu der persönlichen Bemerkung veranlaßt hatte, daß er nicht als preussischer Minister, sondern als Mitglied des Reichstages im Hause anwesend sei, beschloß das kgl. Reich die Absehung der zweiten Sitzung des Entwurfs von der Tagesordnung. Als dann doch die Verordnung, betreffend die Stempelgebühren von Steuer- und Strohbesetzungen betr. in Elbisch-Vorbringen genehmigt worden, folgte die erste Beratung der Kon-

zur Einleitung der Debatte ergreift das Wort

Bundeskommissar Präsident des Justizamts Dr. Amberg. Schon bei der Beratung des Handelsabkommens hat sich die Nothwendigkeit klar herausgestellt, daß das einheitliche Recht besonders auch die Konkursordnung mitumfassen müsse; schon damals wollte man den Versuch machen, die preussische Konkursordnung als allgemeines Recht einzuführen. Ist aber ist es durch das Reich möglich geworden, in einem einheitlichen Recht zu kommen und die Vorarbeiten dazu sind ja, wie wir Alle wissen, in vollem Gange. Nun gestaltet sich die Sache aber so, daß, wenn jene Justizgesetze eingeführt werden, es gleichzeitig nothwendig ist, eine gemeinsame Konkursordnung zu geben, denn wenn die Gerichtsverfassung- und die Zivilprozeßordnung geändert werden, so muß auch die Konkursordnung dem entsprechend geändert werden. Es sind deshalb auch für diese gleichzeitig mit den übrigen Justizgesetzen die Vorarbeiten begonnen worden; indes hatte

der Entwurf zu einer gemeinsamen Konkursordnung mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche den übrigen Justizgesetzen nicht entgegenstanden. Sie ist nämlich unausführbar ohne gleichzeitige Eingriffe in das materielle Recht, ohne den Versuch, eine Ko-Infektion des Zivilrechts herbeizuführen. Der Entwurf zerfällt somit von Natur in zwei Theile: einen materiell-rechtlichen und einen, der das Konkursverfahren selbst betrifft. Für die Vorarbeiten zum Entwurf war es glänzend, daß in der preussischen Konkursordnung ein Gesetz besteht, welches auf Grundgesetzen beruht, die nach dem Urtheil aller Männer aus Praxis und Wissenschaft sich vortrefflich bewährt haben. Das war also allerdings eine feste und sichere Grundlage, wie sie sich für die anderen Gesetze nicht da. Von Bedeutung war es ferner auch, daß die Grundzüge, die sich in Preußen bewährt hatten, schon nach Süddeutschland übertragen, daß sie die Basis auch für österreichisches Recht geworden, daß sie in der dänischen und schweizer Gesetzgebung berücksichtigt worden waren. Es mußte sich daher darum handeln, nach dieser Seite hin zu residieren, was als brauchbar: Grundlage festzustellen sei und das ist, glaube ich, durch den vorliegenden Entwurf geschehen: man hat sorgfältig geprüft, was sich bewährt hat, was der Ergänzung bedürftig ist. Ich will in dieser Beziehung hier nur zwei Fragen berühren aus dem materiellen Recht und aus dem Konkursverfahren. Man war z. B. geneigt, in das materielle Recht einzugreifen, um eine Basis für die Konkursordnung zu gewinnen; es müßten namentlich diejenigen Rechte einzeln geregelt werden, welche ein Vorzugsrecht begründen. Man hat sich dabei von einem Eingriff in das Immobilien-Recht fern gehalten; man basirte das Konkursverfahren nur auf die Befriedigung derjenigen Gläubiger, welche rein persönliche Ansprüche an den Schuldner haben und so war man in der Lage, jenes Immobilien-Recht auszuheben zu können. Bezüglich des Mobilien-Sachenrechts statuirte man als durchschlagendes Prinzip das Faustpfand und beseitigte alles Uebrigere für die Konkursordnung. Außerdem müßten natürlich eine Reihe anderer Momente in Rücksicht gezogen werden, welche die Einzelrechte der einzelnen Staaten betreffen; denn eine volle Rechtseinheit auf diesem Gebiet ist ganz unmöglich. Bezüglich des Konkursverfahrens hat man sich zu dem Schritt entschlossen, die Unterschiede des Konkursverfahrens zu beseitigen. Die Rechte der verschiedenen Staaten, welche in diesem Punkte bedeutend von einander ab; die Unterschiede aber, die das preussische Recht aufweist, waren so unbedeutend, daß man sie ganz beseitigen konnte, ja beseitigen mußte, weil sie auf Grundgesetzen beruhen, welche legislativ gar nicht zu haben waren. Es wurde hier also eine volle Einheit des gesamten Verfahrens hergestellt, ohne den Anforderungen des kaufmännischen Konkursverfahrens die Möglichkeit der Geltung abzuschneiden. Der Konkurs erfolgt auf Grund eines Antrages — sei es des Gläubigers selbst, sei es eines Gläubigers; die Durchführung ist dann sehr einfach und kann sehr energisch sein und die Form der Verwaltung ist von größerer Sicherheit, als das früher in Preußen der Fall war. Von einer Officialbeilegung der Gerichte ist Abstand genommen worden, man ist ferner dahin gekommen, neben der Gläubigerversammlung noch einen Gläubigerausschuß zu lassen, der die Verwaltung schnell und energisch betreiben kann. Man ist aber andererseits auch bestraft gewesen, die Minorität sicher zu stellen, dadurch, daß man die Mitwirkung der Gerichte ev. gestattete. Dabei wurde die Frage, an welches Gericht der Konkursantrag zu stellen sei, dahin beantwortet, daß, da das Ganze eine Frage der freiwilligen Gerichtsbarkeit sei, der Antrag zunächst an das Amtsgericht zu stellen sei, welches zuerst in der Lage ist, schnell und energisch einzuschreiten. Die bezüglichen Einrichtungen in Preußen haben sich verwirklicht und nachtheilig gezeigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über den fraudulösen und leichtsinnigen Konkurs sind gleichfalls einer neuen Prüfung in diesem Entwurf unterzogen worden.

Abg. Dr. v. Schwarze: Meine Herren, ich habe mir nicht das Wort erbehen, um in eine Prüfung des materiellen Inhalts des uns vorliegenden Entwurfs einzutreten. Das uns vorliegende große und umfassende, man darf wohl hinzusetzen, großartige Werk, das in dem Entwurf der Konkursordnung uns geboten wird, verlangt eine so gründliche, genaue und sorgfältige Betrachtung, daß ich glaube, selbst eine allgemeine Uebersicht über die leitenden Grundzüge, wie sie uns zum Theil jetzt vom Regierungsrath gegeben worden ist, würde nicht ausreichen, eine sichere Klarheit über den Inhalt des Entwurfs und seine leitenden Prinzipien zu gewinnen. Wir würden zu diesem Zwecke uns, glaube ich, in eine Kritik der einzelnen Prinzipien des Entwurfs, ja selbst in eine Darlegung einzelner Detailbestimmungen vertiefen müssen, die weit über die Zeit hinausgehen würde, die uns für die allgemeine Beratung des Entwurfs geboten ist. Selbst da, glaube ich, wo man mit einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nicht einverstanden sein kann, würde eine Darlegung der Gegenstände heute viel zu weit führen und auch bei dem Zwecke der ersten Beratung ziemlich resultatlos bleiben. Ich habe mir das Wort erbehen, um den Antrag zu stellen, daß es dem hohen Hause gefallen wolle, den vorliegenden Entwurf zur Vorberatung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. Meine Herren, ich habe dadurch gleichzeitig derjenigen Meinung widersprochen wollen, welche verlangt, daß dieser Entwurf an die bereits bestehende und von neuem mit Ihrer Vollmacht beauftragte Kommission verwiesen werde. Als wir vor einigen Tagen den Entwurf über die Ausrüstung bestimmter Werthpapiere in Elbisch-Vorbringen berieten, war ich allerdings der Meinung und bin es auch jetzt, daß es besser gewesen wäre, diesen Entwurf zur Vorberatung der Justizkommission zu überweisen. Die Sachlage war aber damals eine andere als jetzt. Die Materie, die in jenem Entwurf, den ich eben bezeichnete, behandelt wurde, ist bereits in der Justizkommission, der ich anzugehören die Ehre habe, bei Gelegenheit der Beratung des Entwurfs der Zivilprozeßordnung in ihren Hauptgedanken und ihren Hauptgrundgedanken vollständig durchgearbeitet worden. Es handelte sich bei jenem Entwurf betreffs Elbisch-Vorbringens nur darum, gewissermaßen die Einzelheiten festzustellen und sie in Uebereinstimmung mit den Gedanken und Sätzen zu bringen, die wir bereits bei der Beratung der Zivilprozeßordnung erörtert und festgestellt hatten. Bei dem vorliegenden Entwurf ist die Sache, glaube ich, anders. Es ist ein sehr großes umfassendes Werk, was uns hier geboten wird; es würde die Durchberatung des Entwurfs der Konkursordnung qualitativ und quantitativ in gar keinem Verhältnis stehen gegenüber dem Entwurf für Elbisch-Vorbringen, den ich eben bezeichnet habe. Ich glaube daher der Ansicht, daß die übrigen Mitglieder der Justizkommission präjudizieren zu wollen, behaupten zu dürfen, daß wir kaum im Stande sein würden, neben der großen und wichtigen Aufgabe auch noch die neue Aufgabe, wenn Sie uns mit derselben betrauen wollten, in einer Weise erledigen zu können, die Ihre Zufriedenheit finden würde.

Ich möchte dabei ferner darauf hinweisen, daß es ebenso zweckmäßig sein würde, zur Beratung dieses Entwurfs nicht eine Kommission niederzulassen, die lediglich aus Juristen besteht; ich glaube, die Materie verlangt, daß auch andere tüchtige Geschäftsmänner an der Beratung Theil nehmen. Wollten Sie aber die Justizkommission

durch Zugiehung von anderen Mitgliedern des Hauses verstärken, so würde unsere Kommission eine verhältnißmäßig höhere, die nicht günstig für den Fortgang der Verhandlungen sein würde. Wenn man dagegen anführen wollte, man wolle in der Justizkommission eine Subkommission für die Konkursordnung bilden, so erwiedere ich, daß dies für ein solches umfassendes Werk nicht das geeignete Mittel sein würde, ganz abgesehen davon, daß die Subkommission wieder an das Plenum berichten müßte, und daß leicht die Gefahr entstehen könnte, daß die Beratung im Plenum der Kommission eine ganz neue und zu ganz neuen Resultaten führen würde. Ich behaupte ferner, daß überhaupt eine dringende Nothwendigkeit auch in Bezug auf den materiellen Inhalt der Konkursordnung nicht vorhanden ist, dieselbe an die Justizkommission zu verweisen. Es ist bereits von Seiten des Regierungsraths darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir in der Konkursordnung hauptsächlich zwei Partien zu unterscheiden haben: die Bestimmungen, die auf das materielle Recht sich beziehen, und die, welche auf das Verfahren sich beziehen. Die letztgenannte Bedeutung und Wichtigkeit der auf das materielle Recht sich beziehenden Bestimmungen ist Ihnen bereits von dem Regierungskommissar ausnahmslos festgestellt worden; für diese ganze Partie der Konkursordnung fehlt die formale Handhabe in unserer Kommission; für die Materie des materiellen Zivilrechts sind wir gar nicht von Ihnen berufen und eingesetzt. Was aber das Verfahren selbst anlangt, und das würde ja eigentlich der Punkt sein, wo man behaupten könnte, es befände eine solche Connexität zwischen der Konkursordnung und der Zivilprozeßordnung, daß es zweckmäßig sei, an die Justizkommission die Konkursordnung zu verweisen — so ist zu bedenken, daß in dieser Partei des Verfahrens es zunächst einen guten Theil Bestimmungen giebt, die ganz selbstständig geordnet werden müssen, ohne alle Rücksicht auf die Zivilprozeßordnung. Ich brauche das nicht näher darzulegen, ich glaube, es liegt in der Natur einer Konkursordnung und in der Natur der Materie, die da behandelt wird, schon von selbst begründet.

Meine Herren, was nun den übrigen Theil der Bestimmungen in der Konkursordnung anlangt, soweit sie das Prozedere betreffen und in welchem eine solche Connexität besteht, wo man also behaupten könnte, es sei geboten, eine Uebereinstimmung zwischen der Konkursordnung und der Zivilprozeßordnung herzustellen, so bilden diese Bestimmungen einen Quantitäts- und einen ziemlich kleinen Theil des Entwurfs; eben wenn Sie sich diese Bestimmungen des Entwurfs ansehen, so glaube ich behaupten zu dürfen, es würde sich Jeder von Ihnen überzeugen, daß der größere Theil dieser Bestimmungen auf Sätzen beruht, die wir bei der Beratung der Zivilprozeßordnung bereits festgestellt haben, und ich glaube, in einer Weise festgestellt haben, daß kaum zu erwarten ist, daß in dieser Richtung Änderungen späterhin von uns beschloffen werden würden. Ich brauche diese einzelnen Punkte auch nicht näher zu bezeichnen, aber die sachverständigen Herren in unserer Mitte, glaube ich, werden mir nicht widersprechen. Nun kommt noch das in Betracht, was in Bezug auf die Gerichtsorganisation bemerkt worden ist, nämlich das Konkursverfahren bei den Amtsgerichten stattfinden soll, — und das ist gerade ein maßgebendes Moment in dem neuen Entwurf. Allein es werden die Amtsgerichte, wie wir sie gestalten, wie wir wollen, jedenfalls schon an sich für die Zwecke der Zivilprozeßordnung so gestaltet werden müssen, daß der Entwurf der Konkursordnung in der hier angeordneten Richtung einer Änderung nicht bedarf; — ich glaube nicht, daß wir je werden in die Verlegenheit kommen, sagen zu müssen: die Organisation der Amtsgerichte ist nunmehr eine solche geworden, daß die Behandlung des Konkursverfahrens vor dem Amtsgericht als unzulässig oder ungewissmäßig sich darstellen würde. Das nun zwischen dem Entwurf der Konkursordnung und zwischen dem Entwurf der Zivilprozeßordnung in der von mir näher bezeichneten Partie eine Uebereinstimmung hergestellt werden muß, ist eine unabwendbare Forderung. Nun frage ich, ob diese Forderung nicht auf andere Weise befriedigt werden kann, und weil in quanto und quali diese Partie von keiner Bedeutung ist, so glaube ich, es würde vollkommen hinreichen, wenn die Mitglieder der Kommission für die Konkursordnung bei den betreffenden Materialien mit der Justizkommission sich in Einvernehmen setzten. Das kann auf eine sehr leichte Weise bewerkstelligt werden, sei es, daß wir in schriftliche, sei es, daß wir in mündliche Kommunikation treten, sei es, daß wir in gemeinschaftlicher Sitzung über diese Partien beraten oder wie sonst. Ich sollte glauben, es würde hiernach die Sache am leichtesten sich ordnen lassen, wenn Sie die Ordnung den beiden Kommissionen überlassen. Ich habe, wie gesagt, mir nur das Wort erbehen, um Sie zu bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu ertheilen, daß die Konkursordnung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern und nicht an die Justizkommission verwiesen wird.

Abg. Frankenburg: Ich bin mit der Ansicht des Vorredners durchaus nicht einverstanden. Der Hauptgrund, aus dem man diese Vorlage nicht der Justizkommission überweisen will, ist, daß deren Aufgabe ohnedies schon außerordentlich groß sei, ich unterschätze das nicht, bin aber doch der Ansicht, daß gerade sie die vorliegende Arbeit leichter und in kürzerer Zeit lösen wird, als jede andere Kommission. Die Justizkommission hat sich durch ihr längeres Zusammenarbeiten schon über manche Grundzüge geeinigt, über die sie jetzt also nicht mehr wird zu debattieren brauchen. Wenn eine neue Kommission noch so rasch arbeitete, würde sie mit diesem Gesetz in dieser Session doch nicht fertig werden und dann müßte die Arbeit schließlich doch der Justizkommission überwiesen werden und wenn dann die Beschlüsse der neuen Kommission vielleicht nicht ganz mit den Ansichten der Justizkommission im Einklang sind, so muß sie ganz von vorn anfangen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin mit dem Vorredner vollständig einverstanden und es würde, glaube ich, ein großer Fehler sein, wollte man die Vorlage nicht der Justizkommission überweisen; denn sie beschäftigt aus einer großen Zahl von Mitgliedern, darunter Männer, die ich am allerwenigsten bei der Prüfung dieser Vorlage vermissen möchte; so halte ich namentlich Herrn Dr. v. Schwarze besonders bei dem materiellen Theil der Frage für eine dabei ganz nothwendige Persönlichkeit. (Heiterkeit.) Schon das vorige Mal war zudem die Bildung der Justizkommission schwierig. Ich glaube außerdem, daß die Bearbeitung der Vorlage so schwierig ist, daß gar nicht daran zu denken ist, daß eine besondere Kommission sie rechtzeitig fertigstellen würde und es läme dann wieder der Fall, daß man ihre Faktion verlängern müßte, wie bei der Justizkommission. Das hat allerlei Uebeln. Die Materialien können zusammen, die Männer, die sie beraten können, sitzen in der Justizkommission, dieser allein muß die Sache unter allen Umständen überwiesen werden.

Abg. Struemann (Dierholf): Schon allein der Mangel an Zeit spricht dafür, der Justizkommission nicht auch noch die Vorberatung dieser Materie zu übertragen, da sie schon mit der Vollendung ihrer bisherigen Aufgabe bis zu einer etwaigen Frühjahrssession sehr mühsam zu thun haben wird.

**** Berlin, 4. Novbr.** Ueber das Vermögen des Dr. Stroußberg ist der „Nat.-B.“ zufolge durch das königliche Stadtgericht der Konkurs heute Mittag eröffnet worden. Der von der königlichen Firma M. Cohn u. Sohn gestellte Antrag, wie die eigene Provolation des Dr. Stroußberg auf Eröffnung des Konkurses waren Mangels jeder, im Verhältniß zu der erheblichen Summe bevorzugter Forderungen vorhandenen Altivmasse beanstandet worden. Inzwischen hatten die Vertreter des Dr. Stroußberg noch heute ein nachträgliches Verzeichniß namhafter Altiva überreicht, dergestalt, daß der für die Abrechnung maßgebend gewesene Grund als weggefallen angesehen worden sein muß. — Welches praktische Ergebniß der eingeleitete Konkurs für die nach Tausenden zählenden Gläubiger auch haben mag, immerhin erscheint die vom Stadtgericht beschlossene Maßregel als der einzig mögliche Weg, den Thatbestand zu fixiren und die Höhe der wirklichen Altiva wie der Schuldenmasse, wenn auch nur annähernd, festzustellen. Gleichzeitig werden manche, aus früherer wie aus neuester Zeit datirende Operationen und Einzelgeschäfte im Stadium der korrekten Konkursverwaltung eine eingehende und sachgemäße Prüfung hinsichtlich ihrer Rechtsrständigkeit erfahren. — Auch hören mit der Eröffnung des Konkurses alle die zahlreichen Einzelprozesse und Beschlagnahmen

nahmen auf, welche die Thätigkeit des Gerichts in letzter Zeit nicht wenig in Anspruch genommen haben. — Eine aus 4 Mitgliedern bestehende Deputation der Hauptgläubiger Dr. Stroussberg überreichte heute Vormittag dem Handelsminister Dr. Achenbach eine Petition, in welcher die beteiligten Firmen um Vermittelung des Ministers bei der zu fälligen Regierungsbefehl Freilassung Stroussbergs baten. Der Minister nahm die Deputation freundlich auf und versicherte, sich genauer Kenntnis von der ganzen Angelegenheit durch den Unterstaatssekretär Dr. Bülw zu verschaffen. Eine neue Versammlung Gläubiger Dr. Stroussbergs wird übrigens nächsten zusammenberufen werden. — Wie die „Petersburger Presse“ meldet, befindet sich Dr. Stroussberg im Schuldthum und kommt vor die Assisen wegen Dokumentenfälschung.

Elbing, 3. November. Auf Antrag des Geheimen Kommerzienraths Simon in Königsberg, der bekanntlich die hiesige Waggon-Fabrik an Frau Dr. Stroussberg verkauft hatte, soll dieselbe morgen wieder gerichtlich sequestrirt werden. Man hatte angefangen, aus den vorhandenen Vorräthen Kohlen zu verkaufen, um die laufenden Ausgaben damit zu decken. Dieses ist bereits heute inhibirt worden. (Danz.)

Chemnitz, 3. November. Produkten-Börsenbericht von Hermann Jaström. Weizen: hell und freundlich. Weizen unverändert, feiner alter weicher über Notiz bezahlt, gelber 206—225 M., weißer 210—231 M. Roggen unverändert bei schwacher Kauflust, 170—186 M. Gerste matt, 175—192 M. Hafer fester, 152—167 M. Erbsen, Mohn- und Futterwaare, 150—166 M. Alles per 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00 32 50 M., Nr. 0 30 50 M., Nr. I 28 50 M., Roggenmehl Nr. 0 25 M., Nr. I 24 M., per 100 Kilo.

Wien, 4. November. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (österreich.) betragen in der Woche vom 22. bis zum 28. Oktober 720 647 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 17 342 Fl.

Wien, 4. Nov. Wochenanweis der gesamten Lombardischen Eisenbahn vom 22. bis zum 28. Oktober 1 621 568 Fl., gegen 1 482 216 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenanweis 139 352 Fl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 1 417 628 Fl.

Antwerpen, 3. November. In der heute begonnenen Vollauktion waren 1942 B. Buenos-Ayres Wollen angeboten, von denen 1366 B. verkauft wurden. Das Geschäft war flau; die Preise stellten sich 10—15 Centimes unter den mittleren Preisen der im Juli und August d. J. abgehaltenen Auktionen.

Paris, 4. November. Bankausweis:

Banque de France.		
Baarsvorrath	350,000	Franks.
Vorrath der Haupt- u. d. Filialen	11,499,000	„
Gesamt-Vorräthe	741,000	„
Notenumlauf	19,720,000	„
Banque d'Algérie.		
Guthaben des Staates	959,000	„
Laufende Rechn. der Privaten	13,586,000	„

London, 4. November. Bankausweis. Total-Reserve 9,852,259 Pfd. St., Abnahme 789,912 Pfd. St. Notenumlauf 28,639,560 „ Zunahme 423,720 „ Baarsvorrath 23,541,819 „ Abnahme 365,182 „ Vorräthe 19,964,855 „ Zunahme 272,232 „ Guth. d. Priv. 21,208,285 „ Abnahme 687,895 „ do. d. Staats 3,312,619 „ Abnahme 253,686 „ Notenreserve 9,215,655 „ Abnahme 797,720 „ Regierungssicherheiten 12,751,095 „ Abnahme 440,030 „ Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 39 1/2 pCt. Clearinghouse-Umlauf 129 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 5 Mill.

Rumänien. Der „B. B. B.“ zufolge bezieht sich in den nächsten Tagen ein Bevollmächtigter der rumänischen Eisenbahngesellschaft von Berlin aus nach Bukarest, um dort an Ort und Stelle die Verhandlungen wegen Ausleihung der bestehenden Differenzen und event. wegen Bauaufs der Bahnen aufzunehmen.

Vermischtes.

Ueber die augenblicklichen Verhältnisse in den einzelnen holländischen Städten geben folgende Zahlen ein anschauliches Bild. Den höchsten Mietzwert in Theatern zeigen pro 1875 die Wohnungen und Gassen des I. Stadtbezirks mit 6 829 305; es folgen danach VI. mit 6 488 334, II. mit 6 436 218, VII. mit 3 862 000, III. mit 3 251 108, IX. mit 3 131 718, IV. mit 2 873 173, V. mit 2 557 657, XI. mit 2 358 372, VIII. mit 1 949 339, XII. mit 1 790 125, X. mit 1 768 933 und schließlich XIII. mit 860 930. Die höchsten Zahl an Wohnungen zeigt VI. 27 334 (durchschnittlicher Mietzwert 237 Thlr.), es folgt VII. 22 542 (durchschnittlich 171 Thlr.), I. 16 404 (durchschnittlich 416 Thlr.), II. 16 294 (durchschnittlich 395 Thlr.), V. 15 845 (durchschnittlich 161 Thlr.), XI. 15 599 (durchschnittlich 152 Thlr.), IX. 14 818 (durchschnittlich 211 Thlr.), X. 12 066 (durchschnittlich 147 Thlr.), IV. 11 136 (durchschnittlich 253 Thlr.), VIII. 10 700 (durchschnittlich 182 Thlr.), III. 7530 (dieser Bezirk zeigt den höchsten durchschnittlichen Mietzwert für einen vermieteten Raum mit 430 Thlr.), XIII. 7443 (durchschnittlich 116 Thlr.) und endlich XII. 6932 Wohnungen mit einem durchschnittlichen Mietzwert von 257 Thlr.

Vom romantischen Könige. Ein Feuilletonist des „N. Wiener Tagbl.“ erzählt folgenden Charakterzug aus dem Leben Königs Ludwig II. von Bayern: Seinem Wesen nach ist König Ludwig von großer Herzensgüte und er würde lange schon populär sein wegen dieser Seite, ohne daß er erst hätte auf irgend eine politische Manifestation warten müssen, wenn er es über sich brachte, mit dem Volke in näheren Kontakt zu treten. Geschieht dies, dann ist er von gewöhnlicher Freundlichkeit, wie dies sich eine Anekdote beweist, die mir vom Kinderhose erzählt wird. In der Nähe befindet sich ein Gasthaus, dessen Eigentümer, ein braver Barmann, finkst als der König dort absteigt, um in aller Ruhe und Einsamkeit ein Stück Butterbrot zu verzehren, den hohen Gast im Gespräch frug: „Aber, Herr König, warum heirathen Sie denn nicht? es wäre schon wirklich Zeit.“ worauf der König in besser Laune antwortet: „Ja, ich möchte schon, aber ich habe keine Braut.“ „Ah was?“ entgegnete der Wirth, „wenn's das ist, schauen's, Herr König, da hat' ich gleich Eine für Sie, meine Tochter Marie.“ Der König lachte hell auf und bei der Vater möchte sie ihm doch sein, worauf der Vater die schwarzäugige und schwarzhaarige Marie aus der Kammer herbeiführte. Sie ähnelte dem Könige andeutend — wenige Tage darauf erhielt sie durch einen Adjutanten des Königs ein prächtiges silbernes Kreuz geschenkt und der Vater eine schwer beladene Kofferte mit Geld.

Die Theilung der Arbeit in unserer Industrie treibt oftmals überhandnehmende Blüthen. Eine deutsche Firma am Rhein figurirt in den offiziellen Listen der Welt-Industriellen zu Philadelphia mit dem einzigen Fabrikat, welches sie herstellt: „Chignons für Reine.“ Diese Hülsen der Natur werden aus Pferdehaar und sonstigen Surrogaten hergestellt, die sich der natürlichen Starrheit und Kräftigkeit des Pferdehaares am besten anpassen. Das Eigenthümliche ist, daß die amerikanische Industrie diese Specialität nicht herstellt, so daß die Firma ein sehr bedeutendes Geschäft mit Amerika macht. (B. B.)

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 4. November. Die von einigen Zeitungen

gebrachte Nachricht von der abgelehnten Verabschiedung des kommandirenden Generals des 1. Armee-corps, v. Varneke, entbehrt nach einer der „N. Pr. Z.“ zugehenden Mittheilung jeder tatsächlichen Begründung. — Die Fahrt für Dampfer ist noch offen. Der Kapitän eines in Pillau eingelaufenen Schooners berichtet, daß er bei der Höhe von Rixhöft an einem großen Kiel oben treibenden Schiffe vorbeigelegt sei.

West, 4. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden zunächst die auf den stattgehabten Wechsel im Präsidium des Ministeriums bezüglichen kaiserlichen Handschriften verlesen und hob Ministerpräsident Tisza hierauf in einer kurzen Rede hervor, daß die Politik der Regierung sich in keiner Beziehung geändert habe. Betreffs der Verhandlungen wegen Revision des Zoll- und Handelsbündnisses sei das Gesetz maßgebend, die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebietes sei wünschenswert, die Banfrage aber sei keine politische, sondern eine reine volkswirtschaftliche Frage und die Regierung sei keineswegs gewillt, nach einem Konflikt zu suchen.

Verfailltes, 4. November. Die Nationalversammlung hat ihre Sitzungen heute wieder begonnen. Der Minister des Innern, Buffet, beantragte, das Wahlgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Pascal Duprat, von der Linken, stellte den weiteren Antrag, daß während der zweiten und dritten Beratung des Wahlgesetzes die Vorlage über Aufhebung des Belagerungszustandes und über Organisation der Municipalkammern berathen werde. Die Versammlung beschloß einstimmig, am nächsten Montag mit der zweiten Beratung des Wahlgesetzes (die erste Lesung hat bereits in der vorigen Session stattgehabt) zu beginnen und votirte demnach nach einer zweifelhaft gebliebenen ersten Abstimmung für den oben erwähnten weiteren Antrag Pascal Duprats.

London, 4. November. Nach einem heute eingegangenen Telegramm aus Penang ist der britische diplomatische Agent Birch in Perak (Westküste der Halbinsel Malakka) auf malaiischem Gebiete ermordet worden. Zur Verhaftung der Thäter sind Truppen abgeschickt. — Dem „Standard“ zufolge hat die Firma G. A. Witt & Co. in London und Liverpool ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva derselben werden auf 100,000 Pfd. St. geschätzt.

Petersburg, 4. November. Die aus Paris gemeldete Nachricht von einer russischen Zirkularnote an die Unterzeichner des pariser Vertrages von 1855 kann auf das Bestimmteste als unrichtig bezeichnet werden; eine solche Note existirt überhaupt nicht. Es wird dem von unterrichteter Seite hinzugefügt, daß die tatsächlichen Verhältnisse, das vorliegende Unverständnis und der fortwährende Gedankenaustausch der Mächte einen derartigen Schritt unmöglich erscheinen lassen würden.

Konstantinopel, 3. Novbr. Das seinem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Gesetz vom 30. Oktober d. J. betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 35 Millionen Pfd. enthält folgende Bestimmungen:

Art. 1. Es werden für 35 Millionen Pfd. auf den Inhaber laufende Obligationen hergestelt, welche jährlich 5 pCt. Zinsen bringen, die halbjährlich in Gold in Konstantinopel, sowie in allen Städten, wo für die 5prozentige Staatsanleihe Zahlungen gemacht werden, ausbezahlt werden.

Art. 2. Die neuen 5prozentigen Obligationen werden in pari und in Gold zurückgezahlt mittelst einer jährlich 1proz. Amortisation, die spätestens am 1/13 Januar 1887 eintreten und re. mittelst Auslösung gebahnt werden wird.

Artikel 3. Die Obligationen werden von dem Finanzminister unterzeichnet und mit dem Staatsstempel gestempelt, überdies aber in dem Augenblicke, wo sie zur Verwendung gelangen, mit dem Visa eines der hierzu delegirten Syndici oder der kaiserlich-ottomanischen Bank versehen werden. Sie sollen in türkischer, englischer und französischer Sprache ausgestellt und in den Staatskassen und allen Kassen der öffentlichen Verwaltung als Kautions- oder Garantie in derselben Weise, wie die allgemeine fünfprozentige Schuld und wie die Obligationen der auswärtigen Anleihen angenommen werden.

Artikel 4. Gerade 35 Millionen Pfd. Sterl. in fünfprozentigen Obligationen werden in 5 Serien von je 7 Millionen Pfd. Sterling eingetheilt, so daß jede Serie jedem der 5 Jahre entspricht, während welcher in Gemäßheit der getroffenen finanziellen Maßregeln die Bezahlung der Zinsen und die Amortisation der inneren und äußeren Schuld stattfinden soll. Demgemäß werden die Obligationen jeder einzelnen Serie zu Beginn eines jeden Jahres mit dem in Art. 3. erwähnten Visa versehen werden und somit zur Zahlung der Hälfte der Coupons und des Betrages der amortisirten Obligationen der inneren und äußeren Schuld dienen. Jede der 5 Serien wird wiederum in 2 Abtheilungen eingetheilt, deren eine vom 1. Januar, deren andere vom 1. Juli ab Zinsen trägt.

Art. 5. Am 1. Januar a. St. resp. 13. Januar n. St. 1888 zu der Zeit, wo die Wiederaufnahme der Baarzahlung für die Zinsen der inneren und äußeren Schuld erfolgt sein wird, wird die Zahl der in jeder Serie während der letzten 5 Jahre emittirten Obligationen festgestellt und definitiv festgestellt werden. Es werden alsdann die Obligationen, welche nicht zur Verwendung gelangt sind, einbehalten und nicht weiter ausgegeben werden.

Art. 6. Alle näheren Bedingungen über die Freizügigkeit und Ausgabe der 5prozentigen Obligationen werden durch den Finanzminister festgesetzt werden.

Art. 7. Die Zahlung der Zinsen der durch das gegenwärtige Gesetz freizügigen Obligationen wird durch dieselben Garantien gesichert sein, welche für die Zahlung der in baar zu zahlenden Hälfte der Zinsen und Amortisation der inneren und äußeren Schuld bestehen und wird dieselbe derselben Kontrolle unterliegen.

Neu-York, 3. November. In Maryland hat bei den gestrigen Staats- und Gouverneurswahlen die demokratische Partei gesiegt.

Paris, 4. November. Die „Gazette“ erzählt, die Regierung werde, obgleich sie heute gegen die Beratung des Municipalsatzes und der Vorlage über Aufhebung des Belagerungszustandes keinen Einwand erhob, gleichwohl an dem gegenwärtigen Modus der Mairie-Erneuerung festhalten, in die Aufhebung des Belagerungszustandes nur nach Vorlegung des Wahlgesetzes willigen, und mehrere größere Städte aufnehmen, wo der Belagerungszustand bleibt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wainer in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelommene Fremde

5. November.

MYLIUS' HOTEL DE BREDE. Nittergutsbesitzer Martini aus Lubow, Nittermeister von Widede aus Gnesen, die Kaufl. Friedemann und Lenke aus Breslau, Clemen aus Bremen, Doppel aus Bielefeld, Papp aus Rastatt, Lewi aus Inowracław, Kellen und Senke und Sohn aus Berlin, Robben aus Salingen.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufl. May aus Leipzig, und Bernhard Giese aus Berlin, Obergärtner Föhl aus Berlin, Fabrikant Nisch aus Spremberg.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Der Lieutenant v. Negeß, Major v. Winterberger nebst Gemahlin aus Glogau. Dr. Witot aus Schmiegel. Ingenieur Stüger aus Karlowitz. Oberinsp. Scherzel aus Basel. Die Kaufleute Geh. Föhr, Roewenheim aus Berlin, L. von aus Dresden, Cohn aus Hamburg, Schmidt, Kuhn aus Leipzig, Teichmann aus Schneberg, Wüßing aus Carlshöhe, Kießhöp aus Barmen, Roske aus Königsberg, Kattolinski aus Frankfurt a. M.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer E. Stapski a. Michonowo und Brandt a. Wilczyn, Gastwirth Florowski a. Wilczyn, Agronom S. Warclinski a. Siedl c, die Rentiers M. Koppe a. Pilsken, Staske a. Plesau und Rojnowski o. Graudenz, Kaufmann Thüne und Frau a. Breslau, Architekt M. Döbeling a. Berlin, Bürger Cerniejewski a. Schroda.

TILSNER'S HOTEL GARN. Die Kaufleute Kahler aus Hamburg, Klinge aus Berlin, Ingenieur E. Franke aus Posen, Postdirektor v. J. Wister a. Krotoschin, Gutbes. Joh. Kempe aus Rulm, Rentier Sorler aus Pillau. — Die Gutsbesitzer Rudnicki aus Lissa, Brzejewski aus Lecz, Ingenieur Blaser aus Odessa, die Kaufl. Jungmann aus Breslau, Stroback aus Lemberg und Wladislaw Lustinski aus Wien.

KEILERS HOTEL. Die Kaufleute Feld, Binn und J. Kaplan aus Moskau, Sotolowski u. Turk a. Breschen, Seron aus Trzeln, Frau Gürtel a. Rogasen, Salomon a. Schöken, Expedient Berg a. Larnowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Brehm aus Berlin, Föhl Oberärztin aus Berlin, Lieutenant Messerschmidt aus Ostrowo, Pr. Lieutenant Reineke aus Hirschberg i. Schl., Gutbesitzer Schottländer aus Breslau, Kaufmann Michael aus Leipzig, die Nittergutsbesitzer Graf Kwikski a. Koloski, v. Karczewski a. Lubrz, v. Karczewski a. Wyszakowo.

O. SCHAFERBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Soltan a. Ladow, Engländer a. Stettin, Weidmann aus Breslau, Kawalski a. Berlin, Kohn aus Budweis, Gutbesitzer Luther a. Marienrode, Inspektor Brummig aus Dülz, Wühlens, Hofenthal aus Krummrode, Gutbes. Treppmader aus Wulst.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Nittergutsbesitzer Frau v. Tarnowska nebst Töchter, Kaminski nebst Frau, von Komochi und v. Dzierzanowski aus Posen, v. Boltowski aus Zajaczkowo, v. Michalowski aus Zagacia, Graf Dabicki aus Koloszkowo, v. Kryjanowski nebst Frau aus Kaskowel und v. Skorszewski aus Suchorowo.

Posen, den 5. November.

Denk's Concert-Saal.

Heut und folgende Abende:

Auftreten meiner neuen bestrenommirten
Kunstlergesellschaft.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 4. November. Getreide-Börse. Wetter: trübe aber froh. Wind: SO.

Weizen loco ist am heutigen Markte zwar in etwas besserer Kauflust als gestern gewesen, doch aber sind die angelegten Preise nur als schwach behauptet, zum Theil auch gedrückt und billiger zu bezeichnen. 400 Tonnen wurden gehandelt, darunter 120 Tonnen alt und ist bezahlt für Neu-Sommer 132 3/4 Pfd. 191 M., blaupistia 126 7/8 Pfd. 175 M., aron glatt 126 7/8 Pfd. 193 M., besserer 128 9/10 Pfd. 200 M., hellbunt 128 9/10, 131, 132 Pfd. 205, 207, 210 M., hochbunt glatt 132 3/4 Pfd. 210 M., fein weiß 135 Pfd. 217 M., alt gebunt 127, 128 9/10 Pfd. 212 213 M., 128 9/10, 132 3/4 Pfd., hellbunt 217, 218 M. pr. Tonne. Termine geschäftig 08. November 128 M. Gd., April-Mai 216 M. Br., 215 M. Gd., Regulirungspreis 200 M.

Roggen loco unverändert aber besser angeführt für 121 Pfd. 154 M., 127 Pfd. 161 M., für alt polnischen 123 Pfd. 152 M., alt russischen 120 Pfd. 142 M. pr. Tonne ist bezahlt und sind 80 Tonnen verkauft, Termine ohne Angebot, April-Mai 153 M. G. Regulirungspreis 145 M. — Erbsen loco keine Koch 172 M. pr. Tonne bezahlt. — Spiritus loco wurde heute zu 46,25 und 46,50 M. pr. 10,000 Liter Procent gekauft.

Breslau, 4. November. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November-Dezember 44 80, pr. Debr.-Januar 45 80, pr. April-Mai 48 70 Weizen pr. November-Debr. 194, 50 Roggen pr. November-Dezember 157, 00, pr. Debr.-Januar 157, 00, pr. April-Mai 160 00 Rüböl November-Dezember 65 60, pr. Debr.-Januar 65, 00, pr. April-Mai 63, 50. Zink fest. Wetter: —.

Bremen, 4. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 50, pr. Dezember 11, 55, pr. Januar 11, 75, pr. Februar 12, 00. Fest.

Hamburg, 4. November. Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine fest. Roggen loco ruh., auf Termine fest. Weizen pr. Novbr. 198 M., 197 M., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Kilo 200 M., 199 M. Roggen pr. November 149 M., 148 M., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Kilo 150 M., 149 M. — Hafer fest. — Gerste ruhig — Rüböl steig., loco und pr. Novbr. 68, pr. Mai pr. 200 Pfd. 70. Spiritus ruhig, pr. Novbr. 36, pr. Debr.-Jan. 37 1/2, pr. April-Mai 38. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pCt. 39. Kaffee fest, Amag 1000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 11, 80 M., 11, 75 M., pr. November-Dezember 11, 85 M., pr. Januar-März 12, 00 M. — Wetter: Schön. Froh.

Böln, 4. November. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Weizen loco, hiesiger loco 21, 00, fremder loco 21, 50 pr. November 20, 50 pr. März 21, 90 Roggen ruh., hiesiger loco 16, 25 pr. November 14, 40, pr. März (1876) 15, 85. Hafer fest, loco 18 50, pr. November 17, 95 Rüböl höher, loco 35, 00, pr. Oktober —, pr. Mai 36, 40. — Wetter: Gelinde.

Antwerpen, 4. November. Nachmittags. 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen ruhig, dänischer 28 Roggen behauptet, Petersburg — Hafer fest. Gerste unverändert. Petroleum Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28 3/4 bez., 29 M., pr. November 28 3/4 bez., pr. November — M. und Br., pr. November-Dezember 29 M., pr. Januar 29 M. pr. Febr. 29 M. fest.

Paris, 4. November. Nachmittags. (Produktenmarkt) (Schlußbericht) Weizen matt, pr. Novbr. 26, 25, pr. November-Dezember 26, 75, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 27, 75. Weizen weich, pr. November 58, 50, pr. November-Dezember 58, 75, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 60, 25. Rüböl fest, pr. November 92, 75, pr. Dezember 92, 75 pr. Januar-April 90, 00, pr. März-August 87, 50 Spiritus fest, pr. November 43, 50, pr. Januar-April —.

London, 3. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 23400, Gerste 9060, Hafer 9510 Dnt.

Weizen behauptet, angemessene Ladungen träge, Hafer eher besser. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft fest. Wetter: Regnerisch.

Amsterdam, 4. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine höher, pr. November —, pr. März 297. Roggen loco unverändert, auf Termine fest, pr. März 195 1/2, pr. Mai —. Raps loco — Gerst — pr. Febr. 412 1/2 Rüböl loco 37 1/2, pr. Dezember 38 3/8, pr. Mai 39 1/2. Wetter: —.

Manchester, 3. November. Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/4, 20r Water Richards 10, 30r Water Gibson 11 1/2, 30r Water Clayton 12, 40r Water Rayson 11. 40r Medio Wilkison 13 1/2, 36r Watercopps Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 13, 60r Double Weston 16, Printers 11 1/2, 11 1/2 Pfd. 117. Am Allgemeinen fest.

